



Tomik+Partner_{mbB}
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft

Bericht

über die

**Gewinnermittlung
nach § 4 Abs. 3 EStG**

vom 01.01.2021 bis 31.12.2021

**Fachvereinigung Polystyrol-Extruderschäumstoff
e.V. (FPX)**

Berlin

Tomik+Partner mbB
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft

Kättkenstraße 8
33790 Halle in Westfalen
Telefon +49 (0)5201 8166-0
www.tomik-partner.de

Inhaltsverzeichnis

1.	Auftragsannahme	3
1.1	Auftraggeber und Auftragsabgrenzung	3
1.2	Auftragsdurchführung	4
2.	Grundlagen des Gewinnermittlung	5
2.1	Aufzeichnung und Inventar	5
2.2	Feststellungen zu den Grundlagen der Gewinnermittlung	5
3.	Rechtliche und wirtschaftliche Grundlagen	6
3.1	Rechtliche Verhältnisse	6
3.2	Steuerliche Verhältnisse	6
4.	Art und Umfang der Erstellungsarbeiten	7
5.	Ausführungen zu den vorgelegten Belegen, Aufzeichnungen und Bestandsnachweisen	8
6.	Aufgliederungen und Erläuterungen	9
7.	Ergebnis der Arbeiten	17
8.	Bescheinigung	18

Anlagenverzeichnis

Anlage I	Gewinnermittlung nach § 4 Abs. 3 EStG für die Zeit vom 01.01.2021 bis 31.12.2021
Anlage II	Ausgabenstatus zum 31. Dezember 2021
Anlage III	Entwicklung des Anlagevermögens im Geschäftsjahr 2021
Anlage IV	Allgemeine Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften vom 1. Januar 2017

1. Auftragsannahme

1.1 Auftraggeber und Auftragsabgrenzung

Der Vorstand der

**Fachvereinigung Polystyrol-Extruderschäumstoff e.V.,
Berlin**

- nachfolgend auch kurz "FPX e.V." oder "Gesellschaft" genannt -

beauftragte uns, den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2021 aus den uns über unsere Mitwirkung an der Buchführung hinaus vorgelegten Belegen, Büchern und Bestandsnachweisen, die wir auftragsgemäß nicht geprüft haben, unter Berücksichtigung der erteilten Auskünfte nach gesetzlichen Vorgaben und nach den innerhalb dieses Rahmens liegenden Anweisungen des Auftraggebers zur Ausübung bestehender Wahlrechte zu entwickeln. Diesen Auftrag zur Erstellung ohne Beurteilungen haben wir von Februar bis März in unseren Büroräumen in Halle (Westf.) durchgeführt.

Unser Auftrag zur Erstellung der Gewinnermittlung nach § 4 Abs. 3 EStG umfasste keine über die Auftragsart hinausgehenden Tätigkeiten und damit auch keine erweiterten Verantwortlichkeiten als Wirtschaftsprüfer.

Die Pflicht zur Aufstellung der Gewinnermittlung nach § 4 Abs. 3 EStG oblag der uns mit dessen Erstellung beauftragenden gesetzlichen Vertretung der Fachvereinigung, die über die Ausübung aller mit der Aufstellung verbundener Gestaltungsmöglichkeiten und Rechtsakte zu entscheiden hatte.

Über Umfang und Ergebnis unserer Tätigkeit berichten wir in diesem Erstellungsbericht in berufsüblicher Form in analoger Anwendung des IDW Standards: "Grundsätze für die Erstellung von Jahresabschlüssen" (IDW S7) des Instituts der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e. V.

Unsere Auftragsvereinbarungen sehen vor, dass eine Bezugnahme auf die Erstellung durch uns nur in Verbindung mit der vollständigen von uns erstellten Gewinnermittlung erfolgen darf.

Für die Durchführung des Auftrags und unsere Verantwortlichkeit sind, auch im Verhältnis zu Dritten, die diesem Bericht als Anlage beigelegten "Allgemeinen Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften" in der Fassung vom 1. Januar 2017 maßgebend.

1.2 Auftragsdurchführung

Im Rahmen der Erstellung der Gewinnermittlung und bei unserer Berichterstattung hierüber haben wir die einschlägigen Normen der Wirtschaftsprüferordnung (WPO) und unsere Berufspflichten beachtet, darunter die Grundsätze der Unabhängigkeit, Gewissenhaftigkeit, Verschwiegenheit, Eigenverantwortlichkeit und Unparteilichkeit (§ 43 Abs. 1 WPO).

Wir haben unsere Erstellung in analoger Anwendung des IDW Standards: "Grundsätze für die Erstellung von Jahresabschlüssen" (IDW S7) vorgenommen.

Die Erstellung der Gewinnermittlung umfasst die Tätigkeiten, die erforderlich sind, um auf Grundlage der geführten Aufzeichnungen und des Inventars sowie der eingeholten Vorgaben zu den anzuwendenden Bewertungsmethoden unter Vornahme der Abschlussbuchungen die Gewinnermittlung zu erstellen.

Die Beachtung anderer gesetzlicher Vorschriften sowie die Aufdeckung und Aufklärung von Straftaten und außerhalb der Rechnungslegung begangener Ordnungswidrigkeiten waren nicht Gegenstand unseres Auftrags.

Aufklärungen und Nachweise

Alle erbetenen Auskünfte, Aufklärungen und Nachweise wurden uns bereitwillig erbracht.

Uns wurde in einer berufsüblichen Vollständigkeitserklärung die Vollständigkeit der Aufzeichnungen, Belege und Bestandsnachweise sowie der uns erteilten Auskünfte schriftlich bestätigt. Die Vollständigkeitserklärung haben wir zu den Akten genommen.

Uns wurde in der berufsüblichen Vollständigkeitserklärung versichert, dass in der Gewinnermittlung nach § 4 Abs. 3 EStG alle Vermögenswerte, Verbindlichkeiten und Wagnisse der Fachvereinigung vollständig und richtig enthalten sind.

2. Grundlagen des Gewinnermittlung

2.1 Aufzeichnung und Inventar

Für die Gesellschaft besteht nach § 238 HGB Buchführungspflicht.

Die Finanz- und Anlagenbuchhaltung wurde auf unserem EDV-System erstellt. Die dabei eingesetzte Software der DATEV e.G. erfüllt nach einer Bescheinigung der Ernst & Young AG die Voraussetzungen für eine ordnungsmäßige Finanz- und Anlagenbuchführung und Entwicklung des Jahresabschlusses.

2.2 Feststellungen zu den Grundlagen der Gewinnermittlung

Die Gewinnermittlung wurde auf unserem EDV-System unter Zuhilfenahme der Software Abschlussprüfung comfort der DATEV e.G. erstellt.

Soweit sich im Rahmen unserer Jahresabschlusserstellung Buchungen ergaben, haben wir diese mit der Geschäftsführung unseres Auftraggebers abgestimmt. Die Abschlussbuchungen wurden bis zum Abschluss unserer Tätigkeit vorgenommen.

Die Fachvereinigung ist handelsrechtlich nicht buchführungspflichtig. Gleichwohl werden für steuerliche Zwecke Aufzeichnungen geführt.

Vermögensgegenstände des Sachanlagevermögens werden zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten abzüglich planmäßiger Abschreibungen bewertet. Abschreibungen erfolgen entsprechend der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer. Bewegliche Anlagegüter werden linear im Rahmen der steuerlich zulässigen Sätze abgeschrieben.

Die einzelnen Posten der Gewinnermittlung nach § 4 Abs.3 EStG werden im Erläuterungsteil ausführlich dargestellt.

3. Rechtliche und wirtschaftliche Grundlagen

3.1 Rechtliche Verhältnisse

Firma:	Fachvereinigung Polystyrol-Extruderschäumstoff e.V
Sitz:	Berlin
Anschrift:	Friedrichstraße 95, 10117 Berlin
Geschäftsjahr:	1. Januar bis 31. Dezember
Gegenstand des Fachverbandes:	Förderung der Anwendung von normgerechten Dämmstoffen und hier wiederum des extrudierten Polystyrolschäumstoffs auf allen Gebieten.
Wesentliche Änderungen der rechtlichen Verhältnisse nach dem Abschlussstichtag:	lagen nicht vor

3.2 Steuerliche Verhältnisse

Die Gesellschaft wird beim Finanzamt Berlin Berlin für Körperschaften I unter der Steuer-Nr. 27/620/51001 geführt.

Die Fachvereinigung unterliegt auf Grund seiner Tätigkeit der Umsatzsteuer.

Sie ist nach § 5 Abs. 1 Nr. 5 Körperschaftsteuergesetz von der Körperschaftsteuer befreit.

4. Art und Umfang der Erstellungsarbeiten

Art, Umfang und Ergebnis der während unserer Auftragsdurchführung im Einzelnen vorgenommenen Erstellungshandlungen haben wir, soweit sie nicht in diesem Erstellungsbericht dokumentiert sind, in unseren Arbeitspapieren festgehalten.

Gegenstand der Erstellung ohne Beurteilungen ist die Entwicklung der Gewinnermittlung nach § 4 Abs. 3 EStG sowie weiterer Abschlussbestandteile auf Grundlage der Führung der Aufzeichnungen und des Inventars sowie der Vorgaben zu den anzuwendenden Bewertungsmethoden.

Unser Auftrag zur normentsprechenden Entwicklung der Gewinnermittlung aus den vorgelegten Unterlagen unter Berücksichtigung der erhaltenen Informationen und der vorgenommenen Abschlussbuchungen erstreckte sich nicht auf die Beurteilung der Angemessenheit und Funktion interner Kontrollen sowie der Ordnungsmäßigkeit der Führung der Aufzeichnungen.

Wurden Abschlussbuchungen vorgenommen, z.B. die Berechnung von Abschreibungen, so bezogen sich diese auf die vorgelegten Unterlagen und erteilten Auskünfte ohne eine Beurteilung ihrer Richtigkeit.

Auch wenn bei der Erstellung ohne Beurteilungen auftragsgemäß keine Beurteilungen der Belege, Aufzeichnungen und Bestandsnachweise vorgenommen werden, weisen wir unseren Auftraggeber auf offensichtliche Unrichtigkeiten in den vorgelegten Unterlagen hin, die uns als Sachverständige bei der Durchführung des Auftrags unmittelbar auffallen, unterbreiten Vorschläge zur Korrektur und achten auf die entsprechende Umsetzung in der Gewinnermittlung.

5. Ausführungen zu den vorgelegten Belegen, Aufzeichnungen und Bestandsnachweisen

Beim erteilten Auftrag zur Erstellung ohne Beurteilungen sind Ausführungen zu den von uns geführten Aufzeichnungen und den uns darüber hinaus vorgelegten Belegen und Bestandsnachweisen nicht erforderlich, weil keine Besonderheiten festgestellt wurden.

6. Aufgliederungen und Erläuterungen**SONSTIGE KONTEN****Immaterielle Vermögens-
gegenstände**

	31.12.2021 <u>Euro</u>	31.12.2020 <u>Euro</u>
Internetpräsenz	12.612,00	10.103,00
EDV-Software, entgeltl. erworben	<u>19.714,00</u>	<u>2,00</u>
	<u>32.326,00</u>	<u>10.105,00</u>

Sachanlagen

	31.12.2021 <u>Euro</u>	31.12.2020 <u>Euro</u>
Büroeinrichtung	3.175,00	4.600,00
Betriebsausstattung	330,00	562,00
Geringwertige Wirtschaftsgüter	<u>1,00</u>	<u>1,00</u>
	<u>3.506,00</u>	<u>5.163,00</u>

Weitere Konten

	31.12.2021 <u>Euro</u>	31.12.2020 <u>Euro</u>
Commerzbank Tagesgeldkonto	30.000,00	5.000,00
Commerzbank, Nr. 181 114 900	17.100,93	6.799,08
Kautionen	4.589,00	4.589,00
Forderung. gg. Personal	2.431,34	2.209,98
Verbindlichkeit Werbekosten/Öffentlichkeitsarbeit	168,00	0,00
Sonstige Verbindlichkeiten	-66,58	-66,58
So. Verbindl. § 11 (2) für § 4 (3) EStG	-17.959,44	-7.793,75
Saldenvorträge Sachkonten	<u>-26.146,20</u>	<u>-67.010,39</u>
	<u>10.117,05</u>	<u>-56.272,66</u>

A. EINNAHMEN**1. Einnahmen**

	Vorjahr:	<u>368.500,01 Euro</u>
		370.000,00 Euro
	<u>31.12.2021</u>	<u>31.12.2020</u>
	<u>Euro</u>	<u>Euro</u>
Einnahmen Basishaushalt	268.200,01	370.000,00
Einnahmen Q - Zeichen 2020	39.000,00	0,00
Einnahmen Q - Zeichen 2021	28.000,00	0,00
Einnahmen Projekthaushalt	20.800,00	0,00
Einnahmen diverse Einzelprojekte	<u>12.500,00</u>	<u>0,00</u>
	<u>368.500,01</u>	<u>370.000,00</u>

2. Neutrale Erträge

	Vorjahr:	<u>3.975,21 Euro</u>
		516,37 Euro
	<u>31.12.2021</u>	<u>31.12.2020</u>
	<u>Euro</u>	<u>Euro</u>
Erstattungen Aufwendungsausgleichsgesetz	<u>3.975,21</u>	<u>516,37</u>
	<u>3.975,21</u>	<u>516,37</u>

3. Umsatzsteuer

	Vorjahr:	<u>68.845,00 Euro</u>
		64.900,00 Euro
	<u>31.12.2021</u>	<u>31.12.2020</u>
	<u>Euro</u>	<u>Euro</u>
Umsatzsteuer	<u>68.845,00</u>	<u>64.900,00</u>
	<u>68.845,00</u>	<u>64.900,00</u>

SUMME EINNAHMEN

Vorjahr:	<u>441.320,22 Euro</u>
	435.416,37 Euro

B. AUSGABEN**1. Materialausgaben****a) Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und bezogene Waren**

	168,00-Euro
Vorjahr:	168,00 Euro
31.12.2021 Euro	31.12.2020 Euro
Verbindlichkeit Werbekosten/Öffentlichkeitsarbeit	
-168,00	168,00
-168,00	168,00

2. Personalkosten**a) Löhne und Gehälter**

	148.732,29 Euro
Vorjahr:	147.978,47 Euro
31.12.2021 Euro	31.12.2020 Euro
Löhne und Gehälter	
148.784,00	148.006,00
Verbindlichkeiten soziale Sicherheit	
-51,71	-27,53
148.732,29	147.978,47

b) Gesetzliche soziale Aufwendungen

	29.745,57 Euro
Vorjahr:	28.143,45 Euro
31.12.2021 Euro	31.12.2020 Euro
Gesetzliche Sozialaufwendungen	
29.166,61	27.771,15
Beiträge zur Berufsgenossenschaft	
441,56	372,30
Aufwendungen für Altersversorgung	
137,40	0,00
29.745,57	28.143,45

3. Raumkosten**a) Miete und Pacht**

		12.242,84 Euro
	Vorjahr:	12.497,84 Euro
	<u>31.12.2021</u>	<u>31.12.2020</u>
	<u>Euro</u>	<u>Euro</u>
Miete, unbewegliche Wirtschaftsgüter	11.457,84	11.457,84
Mieten für Veranstaltungsräume	<u>785,00</u>	<u>1.040,00</u>
	<u>12.242,84</u>	<u>12.497,84</u>

b) Gas, Strom, Wasser

	4.449,45 Euro
Vorjahr:	3.826,93 Euro

c) Sonstige Raumkosten

		1.191,43 Euro
	Vorjahr:	1.331,40 Euro
	<u>31.12.2021</u>	<u>31.12.2020</u>
	<u>Euro</u>	<u>Euro</u>
Reinigung	<u>1.191,43</u>	<u>1.331,40</u>
	<u>1.191,43</u>	<u>1.331,40</u>

4. Steuern, Versicherungen und Beiträge

		22.381,90 Euro
	Vorjahr:	22.150,55 Euro
	<u>31.12.2021</u>	<u>31.12.2020</u>
	<u>Euro</u>	<u>Euro</u>
Beiträge	19.765,00	18.878,00
Künstlersozialkasse	1.274,35	1.921,75
Versicherungen	1.270,85	1.280,84
GEZ	<u>71,70</u>	<u>69,96</u>
	<u>22.381,90</u>	<u>22.150,55</u>

5. Werbe- und Reisekosten

		64.900,34 Euro
	Vorjahr:	113.648,80 Euro
	31.12.2021	31.12.2020
	<u>Euro</u>	<u>Euro</u>
Werbekosten/Öffentlichkeitsarbeit	55.646,87	101.272,60
Reisekosten Arbeitnehmer, Fahrtkosten	6.727,97	6.668,83
Bewirtungskosten	1.090,70	1.724,11
Nicht abzugsfähige Bewirtungskosten	467,44	738,90
Kilometergelderstattung Arbeitnehmer	449,40	397,10
Reisekosten AN Übernachtungsaufwand	126,78	675,18
Reisekosten externe Mitarbeiter	121,21	725,00
Reisekosten AN Verpflegungsmehraufwand	96,60	227,65
Aufmerksamkeiten	72,56	173,82
Pausch. Steuer Geschenke/Zuwend. n.abz.	71,54	24,32
Geschenke abzugsfähig mit § 37b EStG	19,58	25,57
Pausch. Steuer Geschenke/Zuwend. abz.	9,69	10,92
Streuartikel	0,00	768,95
Geschenke n. abzugsfähig mit § 37b EStG	0,00	215,85
	64.900,34	113.648,80

6. Instandhaltung und Werkzeuge

		5.046,54 Euro
	Vorjahr:	5.049,83 Euro
	31.12.2021	31.12.2020
	<u>Euro</u>	<u>Euro</u>
Wartungskosten für Hard- und Software	2.882,40	4.324,30
Wartung und Betreuung Homepage	2.164,14	725,53
	5.046,54	5.049,83

7. Abschreibungen**a) Abschreibungen auf Anlagevermögen**

		9.399,95 Euro
	Vorjahr:	11.238,79 Euro
	31.12.2021	31.12.2020
	<u>Euro</u>	<u>Euro</u>
Abschreibung auf immaterielle Vermögensgegenstände	7.742,95	9.834,79
Abschreibungen auf Sachanlagen	1.657,00	1.404,00
	9.399,95	11.238,79

b) Abschreibungen auf geringwertige Anlagegüter

	0,00 Euro
Vorjahr:	1.604,64 Euro

8. Verschiedene Kosten

		38.732,86 Euro
	Vorjahr:	59.407,68 Euro
	31.12.2021	31.12.2020
	Euro	Euro
Fremdleistungen/Beratungsleistung	9.144,30	16.729,58
Aufwendungen EPD Statement	9.138,00	0,00
Buchführungskosten	5.713,50	7.020,75
Abschluss- und Prüfungskosten	3.785,00	3.640,00
Zeitschriften, Bücher (Fachliteratur)	3.292,60	4.186,72
Rechts- und Beratungskosten	2.939,94	12.907,50
Telefon/Telefax/Internet	2.599,29	2.632,48
Bürobedarf	1.076,99	1.303,53
Nebenkosten des Geldverkehrs	313,80	336,40
Aufwendungen für Lizenzen, Konzessionen	269,58	0,00
Sonstiger Betriebsbedarf	192,03	599,12
Freiwillige Sozialleistungen	107,35	50,00
Porto	93,19	29,65
Sonstige betriebliche Aufwendungen	67,29	267,54
IRB-Abo-Zulassungen	0,00	3.527,10
Fortbildungskosten	0,00	6.177,31
	38.732,86	59.407,68
<u>Fremdleistungen/Beratungsleistung</u>		
Fremdleistungen allgemein	540,00	16.729,58
Fremdleistungen Projekte	8.604,30	0,00
	9.144,30	16.729,58

9. Vorsteuer

		24.691,83 Euro
	Vorjahr:	33.408,11 Euro
	31.12.2021	31.12.2020
	Euro	Euro
Abziehbare Vorsteuer	24.691,83	33.408,11
	24.691,83	33.408,11

10. Vorsteuer aus innergemeinschaftlichem Erwerb, Vorsteuer nach §§ 13a, 13b UStG und Vorsteuer aus Dreiecksgeschäft

	23,37 Euro
Vorjahr:	1.349,27 Euro

11. Umsatzsteuer aus innergemeinschaftlichem Erwerb, Umsatzsteuer nach §§ 13a, 13b UStG und Umsatzsteuer aus Dreiecksgeschäft

Vorjahr: **23,37- Euro**
1.349,27- Euro

12. Umsatzsteuer-Zahlung

Vorjahr: **34.022,62 Euro**
35.966,54 Euro

	<u>31.12.2021 Euro</u>	<u>31.12.2020 Euro</u>
Umsatzsteuer-Vorauszahlungen	43.967,37	31.504,53
Umsatzsteuer laufendes Jahr	-343,23	9.588,88
Umsatzsteuer Vorjahr	<u>-9.601,52</u>	<u>-5.126,87</u>
	<u>34.022,62</u>	<u>35.966,54</u>

Summe Kosten

Vorjahr: **395.369,62 Euro**
476.421,03 Euro

13. Neutrale Aufwendungen

Vorjahr: **1,55 Euro**
0,00 Euro

	<u>31.12.2021 Euro</u>	<u>31.12.2020 Euro</u>
Zinsaufwendungen für kurzfristige Verbindlichkeiten	<u>1,55</u>	<u>0,00</u>
	<u>1,55</u>	<u>0,00</u>

SUMME AUSGABEN

Vorjahr: **395.371,17 Euro**
476.421,03 Euro

C. BETRIEBLICHER GEWINN

	<u>45.949,05 Euro</u>
Vorjahr:	41.004,66- Euro

D. STEUERLICHE KORREKTUREN**Hinzurechnungen****1. Nicht abzugsfähige Betriebsausgaben****a) Geschenke**

	<u>71,54 Euro</u>
Vorjahr:	240,17 Euro

31.12.2021	31.12.2020
<u>Euro</u>	<u>Euro</u>

Geschenke n. abzugsfähig mit § 37b EStG	<u>71,54</u>	<u>240,17</u>
---	--------------	---------------

<u>71,54</u>	<u>240,17</u>
---------------------	---------------

b) Bewirtungskosten

	<u>467,44 Euro</u>
Vorjahr:	738,90 Euro

31.12.2021	31.12.2020
<u>Euro</u>	<u>Euro</u>

Nicht abzugsfähige Bewirtungskosten	<u>467,44</u>	<u>738,90</u>
-------------------------------------	---------------	---------------

<u>467,44</u>	<u>738,90</u>
----------------------	---------------

Summe Hinzurechnungen

	<u>538,98 Euro</u>
Vorjahr:	979,07 Euro

E. STEUERLICHER GEWINN nach § 4 Abs.3 EStG

	<u>46.488,03 Euro</u>
Vorjahr:	40.025,59- Euro

7. Ergebnis der Arbeiten

Die Bescheinigung zu der von uns erstellten Gewinnermittlung nach § 4 Abs. 3 EStG enthält keine Ergänzungen.

Wesentliche Einwendungen gegen einzelne vom Auftraggeber vertretene Wertansätze bzw. gegen die Buchführung waren von uns nicht zu erheben.

8. Bescheinigung

Bescheinigung der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft über die Erstellung

An die Fachvereinigung Polystyrol-Extruderschäumstoff e.V

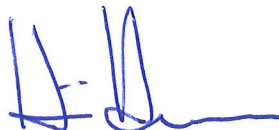
Wir haben auftragsgemäß die nachstehende Gewinnermittlung nach § 4 Abs. 3 EStG von der Fachvereinigung Polystyrol-Extruderschäumstoff e.V für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2021 bis 31. Dezember 2021 unter Beachtung der deutschen steuerrechtlichen Vorschriften und der ergänzenden Bestimmungen der Satzung erstellt.

Grundlage für die Erstellung waren die von uns geführten Aufzeichnungen und die uns darüber hinaus vorgelegten Belege und Bestandsnachweise, die wir auftragsgemäß nicht geprüft haben, sowie die uns erteilten Auskünfte.

Die Führung der Aufzeichnungen sowie die Aufstellung des Inventars und der Gewinnermittlung nach § 4 Abs. 3 EStG nach den deutschen steuerrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung der Fachvereinigung liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Fachvereinigung.

Wir haben unseren Auftrag in analoger Anwendung des *IDW Standards: Grundsätze für die Erstellung von Jahresabschlüssen (IDW S 7)* durchgeführt. Dieser umfasst die Entwicklung der Gewinnermittlung nach § 4 Abs. 3 EStG auf Grundlage der geführten Aufzeichnungen und des Inventars sowie der Vorgaben zu den anzuwendenden Bewertungsmethoden.

Halle/Westfalen, den 24.08.2022



Diplom-Kaufmann
Carsten Hüttemann
Wirtschaftsprüfer

Tomik + Partner mbB
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft

Anlagen

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG vom 1. Januar 2021 bis 31. Dezember 2021
(für steuerliche Zwecke)

Fachvereinigung Polystyrol-Extruderschäumstoff e.V. (FPX)

Berlin

Euro

A. EINNAHMEN

1. Einnahmen	368.500,01
2. Neutrale Erträge	3.975,21
3. Umsatzsteuer	<u>68.845,00</u>
	<u>441.320,22</u>
SUMME EINNAHMEN	441.320,22

B. AUSGABEN

1. Materialausgaben	
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und bezogene Waren	168,00-
2. Personalkosten	
a) Löhne und Gehälter	148.732,29
b) Gesetzliche soziale Aufwendungen	<u>29.745,57</u>
	<u>178.477,86</u>
3. Raumkosten	
a) Miete und Pacht	12.242,84
b) Gas, Strom, Wasser	4.449,45
c) Sonstige Raumkosten	<u>1.191,43</u>
	<u>17.883,72</u>
4. Steuern, Versicherungen und Beiträge	22.381,90
5. Werbe- und Reisekosten	64.900,34
6. Instandhaltung und Werkzeuge	5.046,54
7. Abschreibungen	
Abschreibungen auf Anlagevermögen	9.399,95
8. Verschiedene Kosten	38.732,86
9. Vorsteuer	24.691,83
10. Vorsteuer aus innergemeinschaftlichem Erwerb, Vorsteuer nach §§ 13a, 13b UStG und Vorsteuer aus Dreiecksgeschäft	23,37
11. Umsatzsteuer aus innergemeinschaftlichem Erwerb, Umsatzsteuer nach §§ 13a, 13b UStG und Umsatzsteuer aus Dreiecksgeschäft	23,37-
	<u>79.973,22</u>

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG vom 1. Januar 2021 bis 31. Dezember 2021
(für steuerliche Zwecke)

Fachvereinigung Polystyrol-Extruderschaumstoff e.V. (FPX)

Berlin

	Euro
	79.973,22
12. Umsatzsteuer-Zahlung	34.022,62
Summe Kosten	395.369,62
13. Neutrale Aufwendungen	1,55
SUMME AUSGABEN	395.371,17
C. BETRIEBLICHER GEWINN	45.949,05

EINNAHMEN-/ AUSGABENSTATUS zum 31. Dezember 2021

FPX e.V. Fachvereinigung Polystyrol-Extruderschäumstoff

Berlin

	Plan	IST bis 31.12.2021 €
Einnahmen		
I. Basishaushalt	268.160,00	268.200,00
II. Q-Zeichen	67.000,00	67.000,00
III. Projekthaushalte	33.300,00	33.300,00
	368.460,00	368.500,00
Ausgaben		
I. Basishaushalt		
1. Personalkosten	178.000,00	178.585,21
2. Raumkosten	18.500,00	17.883,72
3. Beiträge, Abgaben und Versicherungen	15.760,00	20.881,90
4. Werbe- und Öffentlichkeitsarbeit, Reisekosten	22.800,00	37.075,65
5. Fremdleistungen/Expertenhonorare	6.000,00	540,00
6. Verschiedenes (Buchführung, Rechtskosten, Fortbildung, Büro)	23.100,00	9.876,17
7. Instandhaltung (Homepage/EDV, Räume, etc.)	4.000,00	3.842,09
8. neutrale Aufwendungen	0,00	1,55
	268.160,00	268.686,29
Vorsteuer		24.715,20
Umsatzsteuer		33.999,25
II. Q-Zeichen		
1. Beiträge, Abgaben und Versicherungen		1.500,00
2. Werbe- und Öffentlichkeitsarbeit, Reisekosten		27.656,69
3. Fremdleistungen/Expertenhonorare		9.138,00
4. Verschiedenes (Buchführung, Rechtskosten, Fortbildung, Büro)		4.209,04
5. Instandhaltung (Homepage/EDV, Räume, etc.)		1.204,45
6. Investitionen Anlagevermögen		29.963,95
	67.000,00	73.672,13
III. Projekthaushalte		
Fremdleistungen/Expertenhonorare		14.862,30
	30.800,00	14.862,30

ANLAGENSPIEGEL zum 31. Dezember 2021 (analog § 268 Abs. 2 HGB)

Fachvereinigung Polystyrol-Extruderschaumstoff e.V. (FPX)

Berlin

	Buchwert 01.01.2021 Euro	Zugänge	Abgänge	Umbuchungen	Abschreibungen	Zuschreibungen	Buchwert 31.12.2021 Euro
		Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	
Immaterielle Vermögens- gegenstände	10.105,00	29.963,95	0,00	0,00	7.742,95	0,00	32.326,00
Sachanlagen	5.163,00	0,00	0,00	0,00	1.657,00	0,00	3.506,00
Summe Anlagevermögen	15.268,00	29.963,95	0,00	0,00	9.399,95	0,00	35.832,00

Allgemeine Auftragsbedingungen

für

Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften

vom 1. Januar 2017

1. Geltungsbereich

(1) Die Auftragsbedingungen gelten für Verträge zwischen Wirtschaftsprüfern oder Wirtschaftsprüfungsgesellschaften (im Nachstehenden zusammenfassend „Wirtschaftsprüfer“ genannt) und ihren Auftraggebern über Prüfungen, Steuerberatung, Beratungen in wirtschaftlichen Angelegenheiten und sonstige Aufträge, soweit nicht etwas anderes ausdrücklich schriftlich vereinbart oder gesetzlich zwingend vorgeschrieben ist.

(2) Dritte können nur dann Ansprüche aus dem Vertrag zwischen Wirtschaftsprüfer und Auftraggeber herleiten, wenn dies ausdrücklich vereinbart ist oder sich aus zwingenden gesetzlichen Regelungen ergibt. Im Hinblick auf solche Ansprüche gelten diese Auftragsbedingungen auch diesen Dritten gegenüber.

2. Umfang und Ausführung des Auftrags

(1) Gegenstand des Auftrags ist die vereinbarte Leistung, nicht ein bestimmter wirtschaftlicher Erfolg. Der Auftrag wird nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Berufsausübung ausgeführt. Der Wirtschaftsprüfer übernimmt im Zusammenhang mit seinen Leistungen keine Aufgaben der Geschäftsführung. Der Wirtschaftsprüfer ist für die Nutzung oder Umsetzung der Ergebnisse seiner Leistungen nicht verantwortlich. Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sich zur Durchführung des Auftrags sachverständiger Personen zu bedienen.

(2) Die Berücksichtigung ausländischen Rechts bedarf – außer bei betriebswirtschaftlichen Prüfungen – der ausdrücklichen schriftlichen Vereinbarung.

(3) Ändert sich die Sach- oder Rechtslage nach Abgabe der abschließenden beruflichen Äußerung, so ist der Wirtschaftsprüfer nicht verpflichtet, den Auftraggeber auf Änderungen oder sich daraus ergebende Folgerungen hinzuweisen.

3. Mitwirkungspflichten des Auftraggebers

(1) Der Auftraggeber hat dafür zu sorgen, dass dem Wirtschaftsprüfer alle für die Ausführung des Auftrags notwendigen Unterlagen und weiteren Informationen rechtzeitig übermittelt werden und ihm von allen Vorgängen und Umständen Kenntnis gegeben wird, die für die Ausführung des Auftrags von Bedeutung sein können. Dies gilt auch für die Unterlagen und weiteren Informationen, Vorgänge und Umstände, die erst während der Tätigkeit des Wirtschaftsprüfers bekannt werden. Der Auftraggeber wird dem Wirtschaftsprüfer geeignete Auskunftspersonen benennen.

(2) Auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers hat der Auftraggeber die Vollständigkeit der vorgelegten Unterlagen und der weiteren Informationen sowie der gegebenen Auskünfte und Erklärungen in einer vom Wirtschaftsprüfer formulierten schriftlichen Erklärung zu bestätigen.

4. Sicherung der Unabhängigkeit

(1) Der Auftraggeber hat alles zu unterlassen, was die Unabhängigkeit der Mitarbeiter des Wirtschaftsprüfers gefährdet. Dies gilt für die Dauer des Auftragsverhältnisses insbesondere für Angebote auf Anstellung oder Übernahme von Organfunktionen und für Angebote, Aufträge auf eigene Rechnung zu übernehmen.

(2) Sollte die Durchführung des Auftrags die Unabhängigkeit des Wirtschaftsprüfers, die der mit ihm verbundenen Unternehmen, seiner Netzwerkunternehmen oder solcher mit ihm assoziierten Unternehmen, auf die die Unabhängigkeitsvorschriften in gleicher Weise Anwendung finden wie auf den Wirtschaftsprüfer, in anderen Auftragsverhältnissen beeinträchtigen, ist der Wirtschaftsprüfer zur außerordentlichen Kündigung des Auftrags berechtigt.

5. Berichterstattung und mündliche Auskünfte

Soweit der Wirtschaftsprüfer Ergebnisse im Rahmen der Bearbeitung des Auftrags schriftlich darzustellen hat, ist alleine diese schriftliche Darstellung maßgebend. Entwürfe schriftlicher Darstellungen sind unverbindlich. Sofern nicht anders vereinbart, sind mündliche Erklärungen und Auskünfte des Wirtschaftsprüfers nur dann verbindlich, wenn sie schriftlich bestätigt werden. Erklärungen und Auskünfte des Wirtschaftsprüfers außerhalb des erteilten Auftrags sind stets unverbindlich.

6. Weitergabe einer beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers

(1) Die Weitergabe beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers (Arbeitsergebnisse oder Auszüge von Arbeitsergebnissen – sei es im Entwurf oder in der Endfassung) oder die Information über das Tätigwerden des Wirtschaftsprüfers für den Auftraggeber an einen Dritten bedarf der schriftlichen Zustimmung des Wirtschaftsprüfers, es sei denn, der Auftraggeber ist zur Weitergabe oder Information aufgrund eines Gesetzes oder einer behördlichen Anordnung verpflichtet.

(2) Die Verwendung beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers und die Information über das Tätigwerden des Wirtschaftsprüfers für den Auftraggeber zu Werbezwecken durch den Auftraggeber sind unzulässig.

7. Mängelbeseitigung

(1) Bei etwaigen Mängeln hat der Auftraggeber Anspruch auf Nacherfüllung durch den Wirtschaftsprüfer. Nur bei Fehlschlägen, Unterlassen bzw. unberechtigter Verweigerung, Unzumutbarkeit oder Unmöglichkeit der Nacherfüllung kann er die Vergütung mindern oder vom Vertrag zurücktreten; ist der Auftrag nicht von einem Verbraucher erteilt worden, so kann der Auftraggeber wegen eines Mangels nur dann vom Vertrag zurücktreten, wenn die erbrachte Leistung wegen Fehlschlagens, Unterlassung, Unzumutbarkeit oder Unmöglichkeit der Nacherfüllung für ihn ohne Interesse ist. Soweit darüber hinaus Schadensersatzansprüche bestehen, gilt Nr. 9.

(2) Der Anspruch auf Beseitigung von Mängeln muss vom Auftraggeber unverzüglich in Textform geltend gemacht werden. Ansprüche nach Abs. 1, die nicht auf einer vorsätzlichen Handlung beruhen, verjähren nach Ablauf eines Jahres ab dem gesetzlichen Verjährungsbeginn.

(3) Offenbare Unrichtigkeiten, wie z.B. Schreibfehler, Rechenfehler und formelle Mängel, die in einer beruflichen Äußerung (Bericht, Gutachten und dgl.) des Wirtschaftsprüfers enthalten sind, können jederzeit vom Wirtschaftsprüfer auch Dritten gegenüber berichtigt werden. Unrichtigkeiten, die geeignet sind, in der beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers enthaltene Ergebnisse infrage zu stellen, berechtigen diesen, die Äußerung auch Dritten gegenüber zurückzunehmen. In den vorgenannten Fällen ist der Auftraggeber vom Wirtschaftsprüfer tunlichst vorher zu hören.

8. Schweigepflicht gegenüber Dritten, Datenschutz

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist nach Maßgabe der Gesetze (§ 323 Abs. 1 HGB, § 43 WPO, § 203 StGB) verpflichtet, über Tatsachen und Umstände, die ihm bei seiner Berufstätigkeit anvertraut oder bekannt werden, Stillschweigen zu bewahren, es sei denn, dass der Auftraggeber ihn von dieser Schweigepflicht entbindet.

(2) Der Wirtschaftsprüfer wird bei der Verarbeitung von personenbezogenen Daten die nationalen und europarechtlichen Regelungen zum Datenschutz beachten.

9. Haftung

(1) Für gesetzlich vorgeschriebene Leistungen des Wirtschaftsprüfers, insbesondere Prüfungen, gelten die jeweils anzuwendenden gesetzlichen Haftungsbeschränkungen, insbesondere die Haftungsbeschränkung des § 323 Abs. 2 HGB.

(2) Sofern weder eine gesetzliche Haftungsbeschränkung Anwendung findet noch eine einzelvertragliche Haftungsbeschränkung besteht, ist die Haftung des Wirtschaftsprüfers für Schadensersatzansprüche jeder Art, mit Ausnahme von Schäden aus der Verletzung von Leben, Körper und Gesundheit, sowie von Schäden, die eine Ersatzpflicht des Herstellers nach § 1 ProdHaftG begründen, bei einem fahrlässig verursachten einzelnen Schadensfall gemäß § 54a Abs. 1 Nr. 2 WPO auf 4 Mio. € beschränkt.

(3) Einreden und Einwendungen aus dem Vertragsverhältnis mit dem Auftraggeber stehen dem Wirtschaftsprüfer auch gegenüber Dritten zu.

(4) Leiten mehrere Anspruchsteller aus dem mit dem Wirtschaftsprüfer bestehenden Vertragsverhältnis Ansprüche aus einer fahrlässigen Pflichtverletzung des Wirtschaftsprüfers her, gilt der in Abs. 2 genannte Höchstbetrag für die betreffenden Ansprüche aller Anspruchsteller insgesamt.

(5) Ein einzelner Schadensfall im Sinne von Abs. 2 ist auch bezüglich eines aus mehreren Pflichtverletzungen stammenden einheitlichen Schadens gegeben. Der einzelne Schadensfall umfasst sämtliche Folgen einer Pflichtverletzung ohne Rücksicht darauf, ob Schäden in einem oder in mehreren aufeinanderfolgenden Jahren entstanden sind. Dabei gilt mehrfaches auf gleicher oder gleichartiger Fehlerquelle beruhendes Tun oder Unterlassen als einheitliche Pflichtverletzung, wenn die betreffenden Angelegenheiten miteinander in rechtlichem oder wirtschaftlichem Zusammenhang stehen. In diesem Fall kann der Wirtschaftsprüfer nur bis zur Höhe von 5 Mio. € in Anspruch genommen werden. Die Begrenzung auf das Fünffache der Mindestversicherungssumme gilt nicht bei gesetzlich vorgeschriebenen Pflichtprüfungen.

(6) Ein Schadensersatzanspruch erlischt, wenn nicht innerhalb von sechs Monaten nach der schriftlichen Ablehnung der Ersatzleistung Klage erhoben wird und der Auftraggeber auf diese Folge hingewiesen wurde. Dies gilt nicht für Schadensersatzansprüche, die auf vorsätzliches Verhalten zurückzuführen sind, sowie bei einer schuldhaften Verletzung von Leben, Körper oder Gesundheit sowie bei Schäden, die eine Ersatzpflicht des Herstellers nach § 1 ProdHaftG begründen. Das Recht, die Einrede der Verjährung geltend zu machen, bleibt unberührt.

10. Ergänzende Bestimmungen für Prüfungsaufträge

(1) Ändert der Auftraggeber nachträglich den durch den Wirtschaftsprüfer geprüften und mit einem Bestätigungsvermerk versehenen Abschluss oder Lagebericht, darf er diesen Bestätigungsvermerk nicht weiterverwenden.

Hat der Wirtschaftsprüfer einen Bestätigungsvermerk nicht erteilt, so ist ein Hinweis auf die durch den Wirtschaftsprüfer durchgeführte Prüfung im Lagebericht oder an anderer für die Öffentlichkeit bestimmter Stelle nur mit schriftlicher Einwilligung des Wirtschaftsprüfers und mit dem von ihm genehmigten Wortlaut zulässig.

(2) Widerruft der Wirtschaftsprüfer den Bestätigungsvermerk, so darf der Bestätigungsvermerk nicht weiterverwendet werden. Hat der Auftraggeber den Bestätigungsvermerk bereits verwendet, so hat er auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers den Widerruf bekanntzugeben.

(3) Der Auftraggeber hat Anspruch auf fünf Berichtsausfertigungen. Weitere Ausfertigungen werden besonders in Rechnung gestellt.

11. Ergänzende Bestimmungen für Hilfeleistung in Steuersachen

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sowohl bei der Beratung in steuerlichen Einzelfragen als auch im Falle der Dauerberatung die vom Auftraggeber genannten Tatsachen, insbesondere Zahlenangaben, als richtig und vollständig zugrunde zu legen; dies gilt auch für Buchführungsaufträge. Er hat jedoch den Auftraggeber auf von ihm festgestellte Unrichtigkeiten hinzuweisen.

(2) Der Steuerberatungsauftrag umfasst nicht die zur Wahrung von Fristen erforderlichen Handlungen, es sei denn, dass der Wirtschaftsprüfer hierzu ausdrücklich den Auftrag übernommen hat. In diesem Fall hat der Auftraggeber dem Wirtschaftsprüfer alle für die Wahrung von Fristen wesentlichen Unterlagen, insbesondere Steuerbescheide, so rechtzeitig vorzulegen, dass dem Wirtschaftsprüfer eine angemessene Bearbeitungszeit zur Verfügung steht.

(3) Mangels einer anderweitigen schriftlichen Vereinbarung umfasst die laufende Steuerberatung folgende, in die Vertragsdauer fallenden Tätigkeiten:

- a) Ausarbeitung der Jahressteuererklärungen für die Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer sowie der Vermögensteuererklärungen, und zwar auf Grund der vom Auftraggeber vorzulegenden Jahresabschlüsse und sonstiger für die Besteuerung erforderlicher Aufstellungen und Nachweise
- b) Nachprüfung von Steuerbescheiden zu den unter a) genannten Steuern
- c) Verhandlungen mit den Finanzbehörden im Zusammenhang mit den unter a) und b) genannten Erklärungen und Bescheiden
- d) Mitwirkung bei Betriebsprüfungen und Auswertung der Ergebnisse von Betriebsprüfungen hinsichtlich der unter a) genannten Steuern
- e) Mitwirkung in Einspruchs- und Beschwerdeverfahren hinsichtlich der unter a) genannten Steuern.

Der Wirtschaftsprüfer berücksichtigt bei den vorgenannten Aufgaben die wesentliche veröffentlichte Rechtsprechung und Verwaltungsauffassung.

(4) Erhält der Wirtschaftsprüfer für die laufende Steuerberatung ein Pauschalhonorar, so sind mangels anderweitiger schriftlicher Vereinbarungen die unter Abs. 3 Buchst. d) und e) genannten Tätigkeiten gesondert zu honorieren.

(5) Sofern der Wirtschaftsprüfer auch Steuerberater ist und die Steuerberatervergütungsverordnung für die Bemessung der Vergütung anzuwenden ist, kann eine höhere oder niedrigere als die gesetzliche Vergütung in Textform vereinbart werden.

(6) Die Bearbeitung besonderer Einzelfragen der Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer, Einheitsbewertung und Vermögensteuer sowie aller Fragen der Umsatzsteuer, Lohnsteuer, sonstigen Steuern und Abgaben erfolgt auf Grund eines besonderen Auftrags. Dies gilt auch für

- a) die Bearbeitung einmalig anfallender Steuerangelegenheiten, z.B. auf dem Gebiet der Erbschaftsteuer, Kapitalverkehrsteuer, Grunderwerbsteuer,
- b) die Mitwirkung und Vertretung in Verfahren vor den Gerichten der Finanz- und der Verwaltungsgerichtsbarkeit sowie in Steuerstrafsachen,
- c) die beratende und gutachtliche Tätigkeit im Zusammenhang mit Umwandlungen, Kapitalerhöhung und -herabsetzung, Sanierung, Eintritt und Ausscheiden eines Gesellschafters, Betriebsveräußerung, Liquidation und dergleichen und
- d) die Unterstützung bei der Erfüllung von Anzeige- und Dokumentationspflichten.

(7) Soweit auch die Ausarbeitung der Umsatzsteuerjahreserklärung als zusätzliche Tätigkeit übernommen wird, gehört dazu nicht die Überprüfung etwaiger besonderer buchmäßiger Voraussetzungen sowie die Frage, ob alle in Betracht kommenden umsatzsteuerrechtlichen Vergünstigungen wahrgenommen worden sind. Eine Gewähr für die vollständige Erfassung der Unterlagen zur Geltendmachung des Vorsteuerabzugs wird nicht übernommen.

12. Elektronische Kommunikation

Die Kommunikation zwischen dem Wirtschaftsprüfer und dem Auftraggeber kann auch per E-Mail erfolgen. Soweit der Auftraggeber eine Kommunikation per E-Mail nicht wünscht oder besondere Sicherheitsanforderungen stellt, wie etwa die Verschlüsselung von E-Mails, wird der Auftraggeber den Wirtschaftsprüfer entsprechend in Textform informieren.

13. Vergütung

(1) Der Wirtschaftsprüfer hat neben seiner Gebühren- oder Honorarforderung Anspruch auf Erstattung seiner Auslagen; die Umsatzsteuer wird zusätzlich berechnet. Er kann angemessene Vorschüsse auf Vergütung und Auslagenersatz verlangen und die Auslieferung seiner Leistung von der vollen Befriedigung seiner Ansprüche abhängig machen. Mehrere Auftraggeber haften als Gesamtschuldner.

(2) Ist der Auftraggeber kein Verbraucher, so ist eine Aufrechnung gegen Forderungen des Wirtschaftsprüfers auf Vergütung und Auslagenersatz nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Forderungen zulässig.

14. Streitschlichtungen

Der Wirtschaftsprüfer ist nicht bereit, an Streitbelegungsverfahren vor einer Verbraucherschlichtungsstelle im Sinne des § 2 des Verbraucherstreitbeilegungsgesetzes teilzunehmen.

15. Anzuwendendes Recht

Für den Auftrag, seine Durchführung und die sich hieraus ergebenden Ansprüche gilt nur deutsches Recht.